

## KURZ UND PRÄGNANT

### Sprecherfunktionen der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

In ihrer Fraktionssitzung am 14. Januar haben die Landtagsabgeordneten der Fraktion DIE LINKE folgende Sprecherfunktionen festgelegt:

**Berninger, Sabine:** Sprecherin für Flüchtlings- und Integrationspolitik, Sprecherin für Justizpolitik

**Bleeschmidt, André:** Parlamentarischer Geschäftsführer, Medienpolitischer Sprecher

**Dittes, Steffen:** Innenpolitischer Sprecher

**Engel, Kati:** Sprecherin für Ausbildung, Kinder- und Jugendpolitik

**Harzer, Steffen:** Sprecher für Energie-, Landesentwicklung und Landesplanung

**Hausold, Dieter:** Wirtschaftspolitischer Sprecher

**Hennig-Wellsov, Susanne:** Fraktionsvorsitzende

**Huster, Mike:** Stellvertreter der Fraktionsvorsitzenden, Haushalts- und Finanzpolitischer Sprecher

**Jung, Margit:** Vizepräsidentin des Landtags, familienpolitische Sprecherin

**Kalich, Ralf:** Sprecher für Kommunalfinanzen

**König, Katharina:** Sprecherin für Antifaschismus, Netzpolitik und Datenschutz

**Korschewsky, Knut:** Sport- und Tourismuspolitischer Sprecher

**Kräuter, Rainer:** Gewerkschaftspolitischer Sprecher

**Kubitzki, Jörg:** Gesundheits- und Europapolitischer Sprecher

**Kummer, Tilo:** Sprecher für Umwelt und Forsten

**Kuschel, Frank:** Kommunalpolitischer Sprecher

**Leukefeld, Ina:** Sprecherin für Arbeitspolitik

**Lukasch, Ute:** Wohnungspolitische Sprecherin

**Lukin, Dr. Gudrun:** Sprecherin für Verkehr und Infrastruktur

**Mitteldorf, Katja:** Stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Kulturpolitische und Religionspolitische Sprecherin

**Müller, Anja:** Sprecherin für Petitionen und Bürgerbeteiligung

**Schaft, Christian:** Wissenschafts- und Hochschulpolitischer Sprecher

**Scheringer-Wright, Dr. Johanna:** Sprecherin für Agrarpolitik und regionale Entwicklung

**Skibbe, Diana:** Sprecherin für Verbraucherschutz

**Stange, Karola:** Sprecherin für Soziales, Gleichstellung und Behindertenpolitik

**Wolf, Torsten:** Bildungspolitischer Sprecher

# Finanzierungszusage für die Hochschulen

Die wissenschaftspolitischen SprecherInnen der Fraktionen DIE LINKE, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind verwundert angesichts des Vorwurfes der CDU-Landtagsfraktion an die Landesregierung, die Mittel für die Hochschulen um jährlich fünf Millionen Euro ab 2016 zu kürzen:

„Herr Voigt (CDU) scheint den Ausführungen des Ministers Tiefensee nicht aufmerksam gefolgt zu sein. Dieser hat im Wissenschaftsausschuss mehrfach darauf hingewiesen, dass die Finanzierungszusagen für die Hochschulen und die regelmäßige Ausschüttung der Hochschulpaktmittel bis zum Ende der Programmphase abgesichert werden“, erläuterte Madeleine Henfling, wissenschaftspolitische Sprecherin der Thüringer Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die konkrete finanzielle Ausgestaltung der Rahmenvereinbarung IV für den Zeitraum 2016 bis 2020 wird im Laufe dieses Jahres mit den Hochschulen verhandelt. „Die nun beabsichtigte Rückstellung stellt lediglich einen Schutz vor Rückforderungen seitens des Bundes gegenüber den Hochschulen dar. Falls diese Rückforderung nicht erfolgt, wird das Geld selbstverständlich den Hochschulen zur Verfügung stehen“, so Henfling weiter.

Mit der dritten Programmphase des Hochschulpaktes 2020 sollen den Hochschulen in Thüringen vom Bund 210 Millionen Euro bereit gestellt werden, die vom Land mit 160 Millionen Euro kofinanziert werden. Vorgesehen ist dabei auch ein Sonderinvestitionsprogramm für die Verbesserung der Lehre. „Entgegen der Forderung von Mario Voigt brauchen wir keine dringende Ausbildung von weiteren punk-

tuellen Exzellenzen. Ziel muss es zu allererst sein, mit den anstehenden Haushaltsberatungen eine nachhaltige Grundfinanzierung der Hochschulen zu

das Image des Forschungsstandortes verbessert.

Die wissenschaftspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eleonore



Immer wieder hatte es in den letzten Jahren in Thüringen Demonstrationen von Studierenden und Schülern für eine bessere Bildungspolitik gegeben.

So waren im Dezember 2013 mehrere Tausend zum Thüringer Landtag in Erfurt und vor das Finanzministerium gezogen und hatten ihre Forderungen laut und deutlich gemacht.

Archiv-Foto

ermöglichen. So können wir möglichst vielen Studieninteressierten Zugang gewähren und möglichen Rückzahlungsforderungen des Bundes entgegenwirken“, konstatierte Christian Schaft, wissenschaftspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

Der Abgeordnete sieht zudem den dringenden finanziellen Bedarf bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der Verbesserung der Beschäftigungsverhältnisse als oberste Priorität. Er spricht sich dabei unter anderem für die Einführung eines Tarifvertrages für studentische Beschäftigte aus. Dadurch würden sowohl die Qualität der Lehre als auch

Mühlbauer, ergänzte: „Klar ist, dass alle Finanzierungszusagen aus der Hochschulstrategie 2020 und dem Koalitionsvertrag selbstverständlich eingehalten werden. Dem Wissenschaftsminister nun eine vorausschauende Finanzplanung vorzuwerfen, zeugt von wenig häuslicher Weitsicht der Thüringer CDU. Wir werden jedenfalls gemeinsam mit den regierungstragenden Fraktionen alles daran setzen, gemeinsam mit der Landesregierung die Thüringer Hochschulen so zu stärken, dass die StudienanfängerInnenzahlen auf jeden Fall erreicht werden. Panikmache ist hier vollkommen fehl am Platz“, so Mühlbauer.

## Gute frühkindliche Bildung als Kernanliegen

Anlässlich des ErzieherInnentages der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am 16. Januar in Erfurt hatte der bildungspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE, Torsten Wolf, erklärt:

„Gute Bildung von Anfang an und der gemeinsam gestaltete Prozess dazu ist das Hauptanliegen der Koalitionspartner. Die Umfrageergebnisse der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Thüringen zu den Anforderungen an gute Arbeit in der frühkindlichen Bildung wurden durch Rot-Rot-Grün im Koalitionsvertrag aufgenommen.

Eine transparente und zielgenaue Finanzierung der Kitas ist uns dabei ebenso wichtig, wie eine Ausfinanzierung und für alle Beschäftigte geltende Tarifstandards. Des Weiteren definieren wir die Grundschule als Ganztagschule neu und werden dementsprechend das Schulgesetz zukunftsfähig

neu gestalten. Damit behält Thüringen bundesweit seine herausragende Stellung im Bildungsbereich und setzt hier die Priorität.“

Pädagogische Berufe hätten eine höhere Wertschätzung und Anerkennung verdient, so der LINKE Bildungspolitiker weiter. Inklusive Kitas, die Umsetzung von Bildungsplänen, Umgang mit Heterogenität, Elternarbeit usw. veränderten das Berufsbild der Erzieherinnen und Erzieher in den letzten zwei Jahrzehnten immens.

„Neben einer stärkeren Akademisierung der Ausbildung und guter Fort- und Weiterbildung stehe die Frage einer aufgabengerechten Eingruppierung auf der Tagesordnung“, sagte Torsten Wolf und kündigte für DIE LINKE an, die im März anstehende Tarifausschüttung zu einer Entgeltordnung im Sozial- und Erziehungsdienst solidarisch mit den Beschäftigten zu begleiten. Frühkindliche Bildung ist in Thüringen durch den Bildungsplan 0

bis 10 abgesichert. Die hervorragenden Ergebnisse Thüringens in den Bildungsvergleichsstudien, hier IGLU mit Platz eins, sind wesentlich auf die Rhythmisierung im Grundschulbereich zurückzuführen.

Die rot-rot-grüne Landesregierung hat sich im Koalitionsvertrag eindeutig auf eine Stärkung der Thüringer Ganztagschule geeinigt. „In der Legislatur werden wir mit der festen Definition der Qualitätsanforderungen, der Aufgabenbeschreibung und der Ausgestaltung der Grundschule als Ganztagschule eine neue Entwicklungsstufe der Bildungsentwicklung in Thüringen erreichen. Wir verstehen die Unterschriftensammlung der GEW Thüringen als Arbeitsauftrag, die Ausgestaltung der Grundschulen zu Ganztagschulen mit der GEW, der Personalvertretung und der Elternvertretung zusammen anzugehen“, so betonte Torsten Wolf.